Beschluss Ja zu einem offenen Europa, nein zu stationären Grenzkontrollen!

Antragsteller*in: Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück)
Tagesordnungspunkt: 6 Anträge II

Antragstext

Rheinland-Pfalz liegt im Herzen Europas und lebt die innereuropäische Freundschaft und grenzübergreifende Zusammenarbeit wie kaum ein anderes Bundesland. Die Menschen in den angrenzenden Regionen in Belgien, Frankreich und Luxemburg sind mehr als nur Nachbar*innen, sie sind unsere Kolleg*innen, Freund*innen und Partner*innen. Unser Land ist Teil der „Großregion", in der mehr als 11,5 Millionen Menschen leben, von denen mehr als 250.000 jeden Tag über die Grenze pendeln – damit gilt die Region als der größte grenzüberschreitende Pendlerraum Europas. Mit dem Partnerschaftsverband („4er-Netzwerk") hat Rheinland-Pfalz eine enge Zusammenarbeit mit den Regionen Burgund-Franche-Comté, Oppeln und Mittelböhmen aufgebaut. Ebenfalls haben unsere rheinland-pfälzischen Kommunen in den vergangenen Jahrzehnten vielzählige Städtepartnerschaften innerhalb Europas auf den Weg gebracht. Und auch die Unternehmen, (Hoch-)Schulen, Vereine und Kultureinrichtungen im Land agieren oft grenzübergreifend. Kurzum: Europa liegt uns in Rheinland-Pfalz am Herzen.

Als Reaktion auf den schrecklichen Terroranschlag in Solingen hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser vor wenigen Wochen entlang der deutschen Binnengrenzen stationäre Grenzkontrollen veranlasst. Sofort kamen zusätzliche Forderungen über Zurückweisungen an der Grenze hinzu, ein klarer Verstoß gegen EU-Recht ist damit bittere Realität geworden. Bundeskanzler Olaf Scholz bezeichnete die Grenzkontrollen gar als „kleinen Baustein innerhalb einer großen Mauer". Zwischenzeitlich haben sich andere Regierungen dem deutschen Vorbild angeschlossen. So haben Frankreich und die Niederlande ebenfalls Grenzkontrollen angekündigt. Wir GRÜNE Rheinland-Pfalz sind schockiert über diese Entwicklungen, die menschenfeindliche Diskursverschiebung und den durch Populismus und Nationalismus getriebenen Überbietungswettbewerb. Ein vereintes Europa ist keine idealistische Vision, sondern eine wesentliche Grundbedingung für ein gemeinsames Leben in Frieden und Freiheit.

Die Freiheit des Schengen-Raums ist eine bahnbrechende und unverzichtbare Errungenschaft des europäischen Einigungsprozesses und der Menschen, die sich in den letzten Jahrzehnten für Europas Zusammenhalt eingesetzt haben. Die EU-Kommission, diverse EU-Mitgliedsstaaten sowie europäische Rechtsexpert*innen und die Zivilgesellschaft befürchten einen dauerhaften Schaden für Europas Freizügigkeit und damit für den transnationalen Zusammenhalt und die Zusammenarbeit. Solche Errungenschaften, die den europäischen Zusammenhalt stärken, die Lebensqualität von uns Europäer*innen verbessert haben und den Grundstein für ein vereintes Europa im friedlichen Zusammenleben bilden, dürfen nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Stationäre Grenzkontrollen beeinträchtigen das Vertrauen zwischen Ländern und erschweren den Alltag der Menschen, die jeden Tag über die Grenzen hinweg zu ihrem Arbeits-, Ausbildungs- oder Studienort pendeln, Familie und Freund*innen besuchen oder Geschäfte machen. Sie schaden den lokalen Volkswirtschaften und erzeugen Unplanbarkeit für Reisende. Selbst die Gewerkschaft der Polizei (GdP)

hat sich gegen stationäre Grenzkontrollen ausgesprochen und nach der Einführung in einer ersten Bilanz festgestellt, dass die Kontrollen kaum die gewünschte Wirkung zeigen und der personelle Aufwand letztlich nicht dem Nutzen entspricht.

Als GRÜNE Rheinland-Pfalz lehnen wir dauerhafte, stationäre Grenzkontrollen innerhalb des Schengenraums ab. Sie schränken nicht nur die Bewegungsfreiheit ein, sondern beeinträchtigen auch das alltägliche Miteinander in den Grenzregionen. Das Infragestellen des Schengenraums stellt letztendlich die europäische Einigung im Grundsatz in Frage. Wir stellen uns gegen antieuropäische, nationalistische Symbolpolitik und teilen die Sorgen von Unternehmen über wirtschaftliche Einbußen sowie die skeptische Haltung der Polizeigewerkschaft bezüglich der Wirksamkeit dieser Maßnahme. Anstatt vielzählige Polizeikräfte an einzelnen Grenzposten zu binden, plädieren wir für anlassbezogene und temporäre Einsätze. Die Polizei wird vor allem dort benötigt, wo akute Gefahren vor Ort bewältigt werden müssen.

Nachhaltige Lösungen im Kampf gegen Kriminalität und Terrorismus lassen sich nur durch eine verstärkte europäische Zusammenarbeit erreichen, nicht durch nationalstaatliche Alleingänge mit symbolpolitischen Maßnahmen. Wir fordern wirksame und rechtssichere Maßnahmen, die sicherstellen, dass europäisches Recht eingehalten wird. Wir dürfen niemals vergessen, dass Europa in seiner Vielfalt stark ist. Statt uns voneinander abzuschotten, sollten wir gemeinsam nach Lösungen suchen. Ein vereintes Europa ist stärker, sicherer und resilienter – lasst uns alles tun, um diese Einheit zu bewahren.

Unterstützer*innen

Marius Schlageter (KV Ludwigshafen); Jutta Blatzheim-Roegler (KV Bernkastel-Wittlich); Fabian Ehmann (KV Mainz); Natalie Cramme-Hill (KV Trier); Paul Bunjes (KV Kaiserslautern); Lydia Enders (KV Bitburg-Prüm); Michael Lichter (KV Trier); Thomas Boehmsdorff (KV Altenkirchen); Helen Prats Baumann (KV Landau); Daniel Köbler (KV Mainz); Astrid Ruppenthal (KV Birkenfeld); Laura Martin Martorell (KV Koblenz); Josef Winkler (KV Rhein-Lahn); Laura Malburg (KV Trier-Saarburg); Marc-Andre Pantea (KV Germersheim); Leni Walmroth (KV Koblenz); Thomas Hildner (KV Mayen-Koblenz); Sandra Lempges (KV Bitburg-Prüm); Maurice Kuhn (KV Rhein-Pfalz); Ingrid Bäumler (KV Cochem-Zell); Gordon Gniewosz (KV Koblenz); Rebecca Stallbaumer (KV Mayen-Koblenz); Maik Krüger (KV Mayen-Koblenz); Kim Theisen (KV Koblenz); Elias Erz (KV Bernkastel-Wittlich); Lea Siegfried (KV Kaiserslautern); Thorben Thieme (KV Neuwied); Thomas Schmittgen (KV Cochem-Zell); Anna Biegler (KV Worms); Christoph Wagner (KV Mayen-Koblenz); Martina Darscheid (KV Cochem-Zell); Ole Menzel (KV Mainz); Lisett Stuppy (KV Donnersberg); Thiemo Metzroth (KV Cochem-Zell); Yvonne Treis (KV Cochem-Zell); Christoph Weber (KV Bitburg); Judith Klaes (KV Neuwied); Holger Haupt (KV Cochem-Zell); Angelika Stamm-Karrenbrock (KV Cochem-Zell); Burkhard Karrenbrock (KV Cochem-Zell); Christine Geiger (KV Alzey-Worms); Heiner Laux (KV Cochem-Zell); Christian Ott (KV Cochem-Zell); Ute Schneider (KV Cochem-Zell); Tanja Paschek (KV Rhein-Hunsrück); Dominik Loch (KV Rhein-Hunsrück); Rainer Bos (KV Rhein-Hunsrück); Anja Kaspari (KV Rhein-Hunsrück); Johannes Kraus (KV Rhein-Hunsrück); Okka Senst (KV Rhein-Hunsrück); Teodora Esposito (KV Rhein-Hunsrück); Daniela Lukas-von Nievenheim (KV Rhein-Hunsrück); Joscha Pullich (KV Cochem-Zell); Wolfgang Palm (KV Cochem-Zell)